

**Haushaltsrede 2006 am 21.06.2006
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheine
Alfred Holtel**

Leider muss ich meine Ausführungen zum Haushalt 2006 mit einer Steigerung gegenüber den Vorjahren beginnen: die Finanzlage der Stadt Rheine bleibt nicht nur mehr als unbefriedigend, sondern Rheine steht am Abgrund eines immer größer werdenden Finanzlochs!

Die Frage ist, ob es Rat und Verwaltung gelingt, hier umzusteuern? Erste Ansätze dazu sind in den Haushaltsplanberatungen gemacht worden. Von Seiten der Politik sind keine Forderungen nach zusätzlichen Ausgaben gestellt worden, sondern es wurde im Gegenteil eher gebremst.

Bis zur Haushaltseinbringung oder auch der „Stunde der Wahrheit“ im April war die Verwaltung allerdings in keiner Weise zurückhaltend. Ausgabeträchtige Objekte und Vorschläge wurden bis zum Jahreswechsel von der Verwaltung eingebracht. Erst am 04. April 2006, bei der Einbringung des Haushaltes, hat diese „Stunde der Wahrheit“ geschlagen.

Trotz steigender Steuereinnahmen des Bundes denkt in Berlin kein Regierungsverantwortlicher daran, durch ein gerechteres Steuersystem alle Steuerpflichtigen an der Finanzierung der Gemeindehaushalte zu beteiligen. Durch Einsparungen in der Sozialhilfe und durch die Hartz I – IV Reformen sollten die Kommunen in die Lage versetzt werden, die von allen gewünschte und besonders von Bund und Land propagierte Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sicher zu stellen.

Über die Verwendung von Überschüssen bei Hartz IV redet heute niemand mehr, die Eurozeichen in den Augen der seinerzeit zu optimistischen Kämmerer sind mittlerweile verschwunden. Aktuell haben bereits einige Optionskommunen ihr Qualifizierungs- und Eingliederungsbudget für das zweite Halbjahr 2006 drastisch gekürzt, und ob der Bund seinen heutigen Verpflichtungen bei Hartz IV auf Dauer nachkommt, das ist mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Weiterhin bleibt der Finanzausgleich zwischen dem Kreis Steinfurt und seinen Kommunen konfliktträchtig, auch wenn hier z. Zt. Ruhe herrscht. Darüber hinaus brachte die Diskussion über die Förderung der Familien mit Kindern keinen Cent in die Stadtkasse, durch die Sparbeschlüsse der Landesregierung in Düsseldorf ist aktuell das Gegenteil

eingetreten. Für einen überschaubaren Zeit- und Kostenrahmen (bis August 2007) war die FDP Rheine bereit, einen Teil der von uns nicht gewünschten und zunächst abgelehnten Erhöhung der Grundsteuer B für die ausfallenden Landesmittel in die Kindergärten zu investieren.

Weder auf der Einnahmeseite, noch bei den Finanzausgaben ist die Stadt Rheine autark. Finanzielle Abhängigkeit, sowohl bei der Verteilung der Steuereinnahmen, als auch bei den Landeszuwendungen, haben uns in der Vergangenheit – und auch heute – dazu veranlasst, unsere Finanzen zu strecken. Hinzu kommt, dass der weitere Ausbau der offenen Ganztagsgrundschulen in Rheine auch den Einsatz städtischer Finanzen erfordert. Zum Thema „offene Ganztagsgrundschule“ muss ich aber auch hinzufügen, dass seit dem 01.02.2006 der Lehrerstellenanteil deutlich erhöht worden ist, um mehr schulische Anteile in die offene Ganztagsbetreuung zu bringen (8 Millionen Euro). Weiterhin werden durch die „Qualitätsoffensive Ganztags Hauptschule“ seit dem 01.02.2006 weitere 26 Millionen Euro für 500 zusätzliche Lehrerstellen in den Ganztags Hauptschulen bereitgestellt (Elisabethschule).

Angesichts des Schuldenberges von 110 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen, davon allein 45 Milliarden Euro neue Schulden seit 2000, bringe ich ein deutliches Verständnis für die Konsolidierungs- und Sparbeschlüsse der CDU/FDP-Landesregierung auf. Immerhin zahlt NRW täglich 13 Millionen Euro, nur um die Kredite zu bedienen.

Kein Verständnis habe ich allerdings für die Haushaltspolitik des LWL, der über die Kreisumlage auch tief in unsere Tasche greift. Der Landschaftsverband hält millionenschwere Vermögenswerte hinter den dicken Mauern des Landeshauses in Münster zurück. Allein die RWE-Anteile des LWL haben einen Wert von 320 Millionen Euro. Schon mit einem kleinen Teil des LWL-Beteiligungsvermögens könnte den Kreisen geholfen werden, die dann weniger Gründe hätten, Finanzen über die Kreisumlage einzufordern.

Dies täte besonders dem Kreis Steinfurt gut. Auf Grund seiner Politik, die eine optisch zwar gut aussehende Kreisumlage festlegt, welche allerdings dermaßen risikobehaftet ist, dass heute bereits abzusehen ist, dass diese Risiken im nächsten Jahr als Defizit auftauchen und von den Bürgern in Rheine auszugleichen sind. Von jedem Euro, den der Kreis Steinfurt ausgibt, zahlen wir in Rheine 20 Cent! - 20 Cent!

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Brief der Wirtschaftsvereinigung Steinfurt an die Bürgermeisterin und an die Fraktionsvorsitzenden verweisen und zitiere: „Die Ausgaben der Stadt Rheine für die Kreisumlage Rheine liegen bei ca. 20% des Kreisbudgets. Insgesamt betragen die Transferaufwendungen 57.560.000 Euro. Vorrangig ist daraus die Kreisumlage weiter zu kürzen, Aufgaben des Kreises und der Kommunen sind zusammen zu fassen.“

Deutliche Aufgabenkritik auf Grund der damit verbundenen Mehrausgaben in Sach- und Personalkosten ist besonders bei den „Gute Laune“-Projekten des Landrates angebracht: Haus im Glück, Agenda21, Vermarktung regionaler Projekte, Tourismusförderung, Kreisentwicklungsplanung, Kulturförderung. Dies sind alles Projekte, bei denen man auf den ersten Blick den Eindruck gewinnt, sie seien sinnvoll. Auf den zweiten Blick fragt man sich aber dann:

Ist dies zwingend eine Aufgabe des Kreises?

Und, was kommt überhaupt dabei herum?

Auf jeden Fall führen diese Projekte unweigerlich zu neuen Sach- und Personalkosten. Zusammen mit der FDP-Kreistagsfraktion sind die Liberalen in Rheine allerdings der Ansicht, dass das Sammeln zusätzlicher Aufgaben und die damit verbundenen Ausgaben nicht Inhalt einer verantwortungsvollen Kreispolitik sein können.

Um es noch mal deutlich zu machen, bei jedem falsch investierten Euro des Kreises Steinfurt, sind wir in Rheine auch mit 20 Cent dabei!

Die Fragen, die sich stellen, sind:

Wie stellen wir uns, wie stellen wir die Stadt Rheine auf, um auf Dauer die städtischen Finanzen in Ordnung zu bringen?

Wie können wir den Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen verbunden sind, gerecht werden?

Wie berücksichtigen wir die bilanziellen Abschreibungen der städtischen Vermögenswerte im Rahmen des NKF und wie meistern wir den Dauerbrenner „strukturelles Defizit“?

Thema Nummer 1 ist und bleibt das Personalbudget. Hier wird die FDP Rheine zum Haushalt 2007 – mit den ersten Beratungen werden wir im September 2006 beginnen – konkrete Forderungen stellen. Von der Umsetzung dieser Forderungen, das sagen wir schon heute deutlich, wird unsere Zustimmung zum Haushalt 2007 abhängen!

Überflüssige Ausgaben sind durch Vertragskündigungen noch im Jahr 2006 einzugrenzen. Für die Liberalen steht hier die Tecklenburger Nordbahn auf dem Plan: Sie verschlingt pro Jahr ca. 100.000 Euro an direkten und indirekten Zuschüssen, hinzukommen noch Investitionen in die Sicherheit der nicht ordentlich abgesicherten Bahnübergänge – sowohl außerhalb als auch innerhalb der Wohngebiete (Sonnenstraße, Hafenstraße, Kleinbahnstraße). Wir müssen aber auch mit dem Risiko ungesicherter Bahnanlagen an der Marsenstraße und Walshagenstraße leben. Durch eine Vertragskündigung von Seiten der Stadt Rheine wird sich auch der von vielen Gemeinden im Kreis Steinfurt mehr oder weniger offen kritisierte Subventionszwang über die Kreisumlage in Luft auflösen.

„Die einzelnen Abteilungen der Technischen Betriebe sollen organisatorisch durchleuchtet werden, um mehr Sicherheit darüber zu erlangen, was organisatorisch getan werden kann, um mehr Effektivität, bessere Einsatzergebnisse und mehr Leistung insgesamt zu erzielen“, schreibt Dr. Kratzsch in seinen Erläuterungen zum Haushalt. Sowohl bei einer Übertragung der kaufmännischen Betriebsführung, als auch bei der technischen Umsetzung der Prozesse und des Kundenmanagements auf die Stadtwerke Rheine, sind im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Synergien zu erwarten. Dazu gehören auch Datenerfassung des Anlagevermögens, Aufbau von automatisierten Wartungsplänen, Aufbau einer Störungsstatistik und eine EDV-gestützte Einsatzplanung.

Die Übertragung dieser Aufgaben auf die Stadtwerke bei einer gleichzeitigen Umwandlung der technischen Betriebe in einen städtischen Eigenbetrieb ermöglicht Personaleinsparungen im Verwaltungsbereich des Bauhofes. Synergie- und Effizienzgewinne, die Konzentration auf Pflichtaufgaben und gesetzliche Vorgaben (z.B. Gemeindeunfallversicherungsverband), aber auch Outsourcing bestimmter Aufgaben und Arbeiten (z.B. LKW-Werkstatt) wird sich natürlich auch auf die Arbeiter auswirken, so dass sich die Zahl der Beschäftigten mittelfristig auf 170 bis 180 reduzieren wird. Für diese Beschäftigtenzahl wiederum ist die Erweiterung des Bauhofs für 563.500 Euro in zweigeschossiger Bauweise nicht erforderlich. Vielmehr würde ein eingeschossiges Gebäude mit entsprechender Statik, die eine Aufstockung ermöglicht, genügen. Dies entspräche einer Investition von 280.000 Euro. Darüber hinaus könnte die Zusammenlegung der Außenstellen des Bauhofes zeitlich gestreckt werden.

Die zukünftige Personalausstattung der Stadtverwaltung hat sich unseres Erachtens nach folgenden Kriterien auszurichten:

- 1.) die Aufgaben der laufenden Verwaltung
- 2.) die Bestandserhaltung und -sicherung des städtischen Anlagevermögens
- 3.) die Verwaltungsaufgaben, die durch Gesetze, Verträge oder Aufgabenübertragung vorgegeben sind

Bei freiwilligen Aufgaben ist kritisch zu überprüfen, ob und in welchem Umfang sie von der Verwaltung oder von einer städtischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft durchgeführt werden können.

Die FDP Rheine fordert weder einen Arbeitsdienst für alle ALGII-Bezieher, noch eine massive Kürzung der finanziellen Leistungen. Wir erwarten allerdings für Rheine eine Gegenleistung von diesen Personen im Rahmen von freiwilligen Leistungen, die die Stadt Rheine für die Allgemeinheit der Bürger erbringt. Viele Bürgerinnen und Bürger finanzieren als Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige die finanziellen Leistungen der Bezieher des ALGII. Hier ist nun die Verwaltung aufgefordert, diesem Personenkreis durch individuell unterschiedlich Arbeitsleistungen eine Gelegenheit für Gegenleistungen zu bieten. Diese können im Rahmen der vielfältigen freiwilligen Aufgaben, die bisher von der Stadt Rheine für alle Bürgerinnen und Bürger angeboten wurden, erbracht werden. Ich möchte hier die folgenden Beispiele anführen:

Die Verschönerung und Pflege der Spielplätze außerhalb der vorgeschriebenen, gesetzlichen Kontrollen.

Eine angemessene und regelmäßige Pflege der Erholungsbereiche Kloster Bentlage, Tierpark, Stadtpark, Walshagenpark, Waldhügel, Alter Friedhof Salzbergener Straße und Salinenkanal.

Aber auch zusätzliche, freiwillige soziale Dienste, sind in dieses Programm „Fördern und Fordern“ aufzunehmen. In dieser Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiative Rheine wäre es dann ein Geben und Nehmen.

Die Notwendigkeit dieses Beschäftigungsprogramms zeigt sich besonders an folgenden aktuellen Zahlen:

Von insgesamt 3.300 Arbeitslosen in Rheine sind inzwischen 2.050 ALGII-Bezieher.

Doch bei allen Spardiskussionen dürfen wir natürlich den Bürger nicht vergessen.

Deshalb müssen wir uns fragen:

Wo können wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sparen?

Wo sind Standards einzuschränken, die das Portmonee der Bürger belasten? Erfreulicherweise haben sich bei der Diskussion um die Adolfstraße und Zollernstraße die Betroffenen deutlich zu Wort gemeldet. Bei den Ausbaustandards für den Ibisweg und den Hainbuchenweg hat die FDP-Fraktion leider noch allein für einen kostengünstigeren Ausbau im Interesse der Bürger votiert. Die Diskussionen um die Ausbaustandards Weitkampsweg und Sandhaar waren da schon heftiger. Bei zukünftigen Planungen fordert die FDP Rheine von der Bauverwaltung, im Interesse der Anwohner kostengünstige Alternativen vorzuschlagen.

Auf Landesebene wird über kostengünstigere Müllabfuhrsysteme wie z.B. der Zusammenführung der Grauen Restmülltonne mit dem Gelben Sack diskutiert. Ergeben sich hier eventuell Vorteile für den Bürger?

Und wie könnten wir diese Vorteile für Rheine nutzen?

Bringt eine Neuorganisation mit besserer Verwertung des Papiermülls Optimierungsmöglichkeiten?

Warum wird nicht mehr Bürgern die Möglichkeit zur Eigenkompostierung eingeräumt? Denn bei Kombination eines geschlossenen Komposters für Küchenabfälle und eines Komposters für Gartenabfälle würden sich für viele Bürger - auch mit Ziergärten - Kompostierungs- und somit Sparmöglichkeiten ergeben.

Wir möchten durch gemeinsame Bemühungen erreichen, dass der Müll aus Rheine in unserer Vorstadt Salzbergen verbrannt wird.

Da sich Frau Höhn mittlerweile in Berlin tummelt, gibt es in Nordrhein-Westfalen hoffentlich einsichtige Politiker.

Vor über 20 Jahren ist auf Antrag der FDP-Fraktion die Straßenreinigung - bis auf einige Ausnahmen - auf eine 14-tägige Reinigung zurückgefahren worden. Wir fordern heute eine 3 - 4-wöchige Straßenreinigung, die nach Jahreszeiten differenziert wird.

Weiterhin fordert die FDP Rheine für 2007:

1. Einsparungen in Höhe von 150.000 Euro bei den Personalkosten der Musikschule
2. Aufbau einer gemeinnützigen städtischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft
3. Kündigung des Vertrages mit der Tecklenburger Nordbahn
4. Überprüfung aller weiteren, langfristigen Verträge nach entsprechender Kostenüberprüfung
5. Die städtischen Kreisverkehre werden ortsansässigen Gärtnereien zur Pflege überlassen. Dies gibt den Gärtnereien die Möglichkeit, mit entsprechender Bepflanzung und natürlich auch mit ihrem Namen dort zu werben.
6. Bei zukünftig zu beschließenden Ausnahmen vom externen Einstellungsstopp sind alle Möglichkeiten des ATG zu prüfen und zu nutzen.

Da die FDP-Fraktion an vielen Entscheidungen beteiligt war, die vor der Aufstellung dieses Haushaltes getroffen worden sind, stimmen wir diesem Haushalt 2006 – wenn auch mit Bauchschmerzen – zu.

Bedanken möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion für die Unterstützung aus der Kämmerei, besonders bei Herrn Lütke-meier. Hier konnte die FDP-Fraktion den Willen des Kämmers zu einer soliden Haushaltspolitik deutlich erkennen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.